

POLITISCHER SONDERBERICHT

Projektland: Mali

Datum: 05. August 2013

Präsidentschaftswahlen – ein Neustart für Mali?

Etwas mehr als ein Jahr nach dem Putsch des malischen Militärs unter der Führung von Hauptmann Amadou Haya Sanogo hat das malische Volk am 28. Juli 2013 gewählt. Diese Wahl soll ein Neuanfang für den Sahelstaat sein – nach über 20 Jahren schlechter Regierungsführung und einem turbulenten Jahr politischer Krisen, militärischer Auseinandersetzungen und islamistischer Übergriffe. Es zeichnet sich bereits eine für malische Verhältnisse erstaunlich hohe Wahlbeteiligung ab: noch nie hat dieses Land ohne nennenswerte demokratische Kultur mehr als 40 Prozent Wahlbeteiligung registriert. Es scheint, als hätte die malische Bevölkerung die Bedeutung dieses Wahlgangs verstanden und, keinesfalls selbstverständlich in der Region, als seien die Wahlen tatsächlich ergebnisoffen. Nach den vorläufigen Ergebnissen, die am 2. August 2013 veröffentlicht wurden, hat Ibrahim Boubacar Keïta mit 39,2% die meisten Stimmen erhalten. Ihm folgt Soumaïla Cissé mit 19,4% der Stimmen. Das malische Wahlsystem erfordert, dass ein Kandidat die absolute Mehrheit erringt, daher wird am 11. August 2013 eine Stichwahl zwischen diesen beiden Kandidaten stattfinden.

Die Wahl setzt zunächst einen Schlussstrich unter die französische Intervention *Serval* – ein Grund, warum Frankreich auf diesen raschen Wahltermin gedrängt hatte. Der Zeitpunkt war im Vorfeld sehr umstritten: zu wenig Vorbereitungszeit und einen chaotischen Wahlprozess befürchteten die einen, andere betonten die Notwendigkeit einer legitimierten Regierung, um das Land wieder aufzubauen. Außerdem lag das Wahldatum mitten in der Regenzeit und im muslimischen Fastenmonat. Doch die Verfechter eines möglicherweise unvollkommenen, aber raschen Wahlgangs hatten sich schließlich durchgesetzt¹. Auch, dass die international zugesagte Unterstützung (etwa 3 Mrd Euro) erst mit der Einsetzung einer demokratisch gewählten Regierung freigegeben werden kann, spielte bei der Festlegung des Datums sicherlich eine entscheidende Rolle.

Die Vorbereitungen des Wahltages verliefen hektisch; die größten Schwierigkeiten bereiteten hierbei die neuen biometrischen Wahlausweise und das veraltete Wähler-

¹ HSS-Westafrika und die Regionalorganisation CEN-SAD hatten im Juni 2013 gemeinsam die malische Wahlkommission CENI ausgebildet und auf ihre schwierigen Aufgaben vorbereitet.

Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Sonderbericht_Mali, 05. August 2013.

verzeichnis, das zwischen 2009 und 2010 angefertigt wurde. Dieses Verzeichnis enthielt weder diejenigen Wähler, die erst nach 2010 volljährig und damit wahlberechtigt wurden, noch berücksichtigte es die starken Bevölkerungsbewegungen aufgrund der gewaltsamen Auseinandersetzungen im Norden. Viele Flüchtlinge - intern und in den umliegenden Ländern - haben daher ihre Karte nicht rechtzeitig erhalten und waren vom Urnengang ausgeschlossen. So wurden beispielsweise in Burkina Faso bis zum 23. Juli 2013 nur knapp 50 Wahlausweise zugestellt, obwohl sich insgesamt etwa 50.000 malische Flüchtlinge in dem Nachbarland befinden.²

Die Exklusion eben jenes Bevölkerungsteils, der am meisten unter der Krise gelitten hat, vermag zu einer Bedrohung für den weiteren Befriedungs- und Versöhnungsprozess in Mali zu werden. Die MNLA, *Mouvement National pour la Libération de l'Azawad* und andere separatistische Bewegungen könnten die Unzufriedenheit der Bevölkerung des Nordens mit dem Wahlablauf und -ausgang für ihre Zwecke nutzen und die territoriale Integrität des malischen Staates erneut in Frage stellen. Ein ähnliches Problem stellt die Vernachlässigung der jungen Wähler dar. Mali hat, wie seine Nachbarländer, mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen³. Kommen ökonomische Perspektivlosigkeit und das Gefühl von politischer Ohnmacht zusammen, besteht die Gefahr, dass sich diese Jugendlichen illegalen Schmuggelaktivitäten oder extremistischen Organisationen zuwenden. Die malische Wahlkommission muss nun hart daran arbeiten, die noch fehlenden Ausweise zuzustellen und den bisher Ausgeschlossenen zu ermöglichen, in der zweiten Runde der Wahlen ihren politischen Willen auszudrücken.

Auch wenn es in abgelegenen, bis vor kurzem noch umkämpften Regionen zu Auseinandersetzungen kam, ist es als Erfolg zu werten, dass die erste Runde der Wahlen auf dem gesamten malischen Territorium durchgeführt werden konnten. Bisher gab es noch keine Beschwerden über Betrugsversuche bei der Abstimmung selbst und es scheint, dass die malischen Wahlhelfer ihre Aufgabe so gut wie unter den gegenwärtigen Bedingungen nur eben möglich wahrgenommen haben. Da die aktuelle Interimsregierung, noch von der Militärjunta eingesetzt, von der Wahl ausgeschlossen war, ist das Risiko einer Einflussnahme von dieser Seite eher gering.

Die malischen Bürger hatten die Wahl zwischen nicht weniger als 27 Kandidaten, darunter eine Frau. Aussichtsreichster Anwärter auf das Präsidentenamt ist der ehemalige Premierminister Ibrahim Boubacar Keïta (genannt IBK)⁴. Nach dem Bruch mit der regierenden Adéma-Partei gründete er 2002 seine eigene Partei, das *Rassemblement pour le Mali*, die mittlerweile zur zweitstärksten politischen Kraft des Landes aufgestiegen ist. Mit dieser Formation hat er bereits zweimal für die Präsidentschaft kandidiert, allerdings verlor er beide Male gegen Amadou Toumani Touré, der schließlich durch den Staatsstreich 2012 aus dem Amt vertrieben wurde. Der ehemalige Präsident der Sozialistischen Internationalen, heute ein sehr wohlhabender Mann, bezeichnet sich noch immer als „links eingestellt“ und hat ausgezeichnete Beziehungen zum

² Siehe <http://www.unhcr.org/51ee540e6.html> .

³ Die Arbeitslosigkeit der 15-39-jährigen Malier betrug laut African Economic Outlook 2012 zwischen 7,6% und 15,6%. Dazu kommt das Problem saisonaler Unterbeschäftigung während der Regenzeit.

⁴ Offizielle Homepage: <http://www.ibk2013.com/Lancement-du-site-officiel-de.html>.

Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Sonderbericht_Mali, 05. August 2013.

Nachbarn Algerien und nach Frankreich. Anders als sein größter Rivale Cissé hat er den Putschisten ein gewisses Verständnis entgegen gebracht und gilt daher als stiller Favorit des Militärs. Zusätzlich hat er auch die Unterstützung hoher muslimischer Würdenträger. Auch Soumaïla Cissé⁵, Ex-Finanzminister und Zweitplatzierte, hat bereits vergeblich für das Präsidentenamt kandidiert. Der ehemalige Präsident der UEMOA⁶ gründete 2003 mit der *Union pour la République et la démocratie* seine eigene Partei. Er gilt als Technokrat und war weniger in die innenpolitischen Affären der letzten Jahre verwickelt, was ihm eine gewisse Glaubwürdigkeit bei den Wählern einbrachte. Während des Putsches 2012, den er stets klar abgelehnt hatte, überlebte er nur knapp einen Anschlag.

Beide Kandidaten stammen aus der Adéma-PASJ, dem Urgestein des malischen Parteiensystems und sind politische Routiniers. Durch ihre lange politische Karriere haben sie wichtige Erfahrungen und zahlreiche Kontakte gesammelt, dennoch sind sie Teil des alten politischen Establishments, das sich vor dem Militärputsch als unfähig erwiesen hat, das Land aus der Krise zu führen. Die Frage bleibt, ob es möglich ist, mit einem solchen Präsidenten das politische System Malis grundlegend neu aufzubauen und in eine tatsächlich demokratische Zukunft zu führen. Die Gefahr des Klientelismus bleibt bestehen.

Des Weiteren war die Sicherung des Wahlablaufs ein erster Test für die UN-geführte Friedensmission MINUSMA, an der bald auch deutsche Soldaten beteiligt sein werden. Dass sich die Wahlen trotz der angespannten Sicherheitslage ohne Zwischenfälle abgespielt haben, wird das Vertrauen der Bevölkerung in diese neue Struktur verstärken und ihre weitere Aufgabe erleichtern. Denn erst wenige Tage zuvor hatte die extremistische MUJAO, Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest, mit Anschlägen auf Wahllokale gedroht⁷. Dennoch muss sich das UN-Mandat angesichts der fortbestehenden Präsenz transnationaler terroristischer Gruppen und krimineller Schmugglerbanden im schwer zu kontrollierbaren Norden Malis noch als ausreichend robust erweisen, um seinen Beitrag zur Lösung der vielschichtigen Probleme zu leisten.

MNLA und Tuareg haben sich an das Abkommen von Ouagadougou gehalten und die Rückkehr der Verwaltung in alle Teile des Landes zugelassen. Nun muss die künftige Regierung rasch ihren Teil dieser Abmachung umsetzen, um den weiteren Versöhnungsprozess nicht zu gefährden. Hier ist die ECOWAS-Gemeinschaft gefragt, durch bereits bestehende Monitoringmechanismen auf die vollständige Umsetzung des Abkommens zu bestehen⁸. Beide Kandidaten betonen in ihrem Programm die säkulare

⁵ Offizielle Homepage: <http://www.presidentssoumaila.com> .

⁶ UEMOA, Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion, Sitz Ouagadougou, Burkina Faso

⁷ Liberation. Mali: le Mujao menace de «frapper» les bureaux de vote. 27.07.2013.

<http://www.liberation.fr/monde/2013/07/27/mali-le-mujao-menace-de-frapper-les-bureaux-de-vote-921238> .

⁸ S. die Empfehlungen aus dem ISS *ECOWAS Peace and Security Report* vom 5. Juli 2013:

<http://www.issafrica.org/publications/ecowas-peace-and-security-report/a-tenuous-solution-in-mali-between-internal-constraints-and-external-pressures#ENG>.

Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Sonderbericht_Mali, 05. August 2013.

Einstellung und die territoriale Integrität des malischen Staates. Ihre Programme sehen vor allem den Wiederaufbau der staatlichen Administration, die Stärkung der Armee und die Ankurbelung der Wirtschaft im Norden vor. IBK hält an der Bestrafung der Rebellen fest, die vor allem für Verbrechen in Verbindung mit ihren Kontakten zu islamistischen Gruppen und Angriffen auf die malische Armee angeklagt sind.

Doch dies wird nicht ausreichen, um den separatistischen Tendenzen im Norden Einhalt zu gebieten. Neben dem ökonomischen Wiederaufbau muss eine effektive Dezentralisierung stattfinden, die den mannigfaltigen Problemen der Bevölkerung Rechnung trägt. Weiterhin muss das Vertrauen in staatliche Strukturen im gesamten malischen Staatsgebiet wiederhergestellt werden. Dies erfordert ein weitreichendes Engagement im Kampf gegen Korruption und dringende Reformen im Bereich der Regierungsführung. Eine zusätzliche offene Frage bleibt der Umgang mit den Putschisten. Hauptmann Sanogo hat bereits bei der Wahl angekündigt, mit dem Sieger zu kooperieren. Dies zeugt von einem frischen Bekenntnis zur Demokratie, dennoch sind Staatsstrieche auch in der malischen Verfassung unter Strafe gestellt. Angesicht der Bedrohung durch islamistische Gruppen ist es sicherlich notwendig, die malische Armee besser auszurüsten und auszubilden, genauso muss aber auf ein Bekenntnis zur Demokratie innerhalb der Streitkräfte geachtet werden. Früher oder später muss sich der neue Präsident mit dieser Problematik auseinandersetzen und einen Weg finden, Rechtsstaatlichkeit mit dem Versöhnungsprozess zu vereinbaren.

Die größte Gefahr für die Zukunft des Landes liegt aber aktuell in einer postelektoralen Krise. Alles hängt vom Verhalten der Verlierer ab. Werden sie auf Anfechtungen des unvollkommenen Wahlprozesses verzichten, um die Stabilität des Landes zu bewahren? Zwar haben sich alle Kandidaten verpflichtet, die Ergebnisse zu respektieren, doch nach der verfrühten Ankündigung eines malischen Ministers, IBK zeichne sich als Sieger ab, erhitzten sich die Gemüter der politischen Gegner; Anfechtungspläne und Verschwörungsgedanken wurden geäußert⁹. Die in Mali engagierten Staaten, vor allem die ECOWAS-Gemeinschaft, sollten den weiteren Ablauf des Wahlverlaufs sehr genau verfolgen und populistisch motivierte Anfechtungsversuche von einflussreichen Kandidaten möglichst zu unterbinden versuchen. Der nun erforderliche zweite Wahlgang muss dazu nach Möglichkeit besser organisiert sein als der erste, um das Konfliktpotenzial, das er in sich birgt, zu minimieren.

Aus der Sicht der politischen Beobachter gab es wenig Alternativen zu dem jetzt durchgeführten Wahlprozess. Zu lange schon verharrte das Land in einem politischen und verfassungsrechtlichen Vakuum, mit nicht unerheblichen sicherheitspolitischen Risiken für die gesamte Region Westafrikas. Auch kann im Bereich der Beseitigung defizitärer Demokratiestrukturen nicht im Schnellverfahren nachgeholt werden, was im vergangenen Vierteljahrhundert niemals ernsthaft angegangen wurde. Die politische Klasse, und insbesondere deren einflussreichste Vertreter müssen sich endlich darauf besinnen, dass Gemeinwohl über Partikularinteressen geht. Hierzu muss die

⁹ JeuneAfrique: „Iba Ndiaye (FDR) – Je n’écarte pas une conspiration“ : <http://www.jeuneafrique.com/Article/ARTJAWEB20130731113251/>.
Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Sonderbericht_Mali, 05. August 2013.

internationale Gemeinschaft entsprechend fordernd auftreten, und darf sich nicht mit dem Irrglauben begnügen, dass aus der Saat einer demokratischen Wahl zwangsläufig eine funktionierende Demokratie entsteht.

Autorin: Claudia Brück

Die Autorin ist Praktikantin im Büro der Hanns-Seidel-Stiftung in Ouagadougou, Burkina Faso.

Redaktion: Ralf Wittek

Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika

IMPRESSUM

Erstellt: 05. August 2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2013

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de